

eschluss des Landrats vom 12.09.2024

Nr. 717

29. Tram 14 – Trammersatzbetrieb 2025

2024/306; Protokoll: bw

Landratspräsident **Peter Hartmann** (Grüne) informiert, der Regierungsrat sei bereit, das Postulat entgegenzunehmen und beantrage die gleichzeitige Abschreibung. Eine schriftliche Begründung liegt vor.

Roman Brunner (SP) ist ein bisschen enttäuscht über die Stellungnahme des Regierungsrats, insbesondere über den Antrag auf Abschreibung. Der Regierungsrat lässt den unbedingten Willen vermissen, etwas an dieser Situation zu verbessern. Es sind weder Problembewusstsein noch Lösungsansätze vorhanden, sondern es wird einfach aufgezeigt, wie die Situation ist und dass man nichts machen könne.

Die momentane Situation ist im Moment für die ÖV-Nutzenden der Linie 14 eine Zumutung. Andi Trüssel hat dies vor zwei Wochen ebenfalls erwähnt. 2023 gab es eine mehrmonatige Sperre, diese besteht jetzt wieder und auch 2025 ist wiederum eine mindestens viermonatige Sperrung geplant. Erneut mit ein einem entsprechenden Ersatzbetrieb. Es kann nicht sein, dass dort dieselben Fehler noch einmal gemacht werden.

Fehler oder Probleme, die im Moment bestehen: Zu Stosszeiten ist der Trammersatzbetrieb höchst instabil und unzuverlässig. Mögliche Massnahmen dagegen werden vom Regierungsrat lapidar als nicht verhältnismässig beurteilt. Weiter sind die provisorischen Haltestellen eine Zumutung. Es gibt weder Sitzgelegenheiten beispielsweise für ältere Personen noch gibt es die Möglichkeit, Billette zu kaufen. Die Haltestellen sind teilweise hunderte Meter von der ursprünglichen Strecke entfernt. Das ist einfach nicht tragbar. Der Veloverkehr wurde während der ganzen Bauphase sträflich vernachlässigt. Seitens Pro Velo musste mehrmals nachgehakt werden, damit endlich eine anständige Signalisation erstellt wurde. Die Routenführung war ebenfalls nicht durchdacht. Die Reisezeiten für kurze Distanzen im öffentlichen Nahverkehr sind ins Unermessliche gestiegen und die Baustellenplanung und Koordination sind ebenfalls mangelhaft. Natürlich kann Baudirektor Isaac Reber in der Stellungnahme ausführen, dass dies nur einmal alle 40 Jahre passiert, aber wie erwähnt geschah es 2023 und 2024, und es wird 2025 nochmals geschehen. Man hätte die nächstes Jahr geplante Ertüchtigung dieser Strecke bereits jetzt durchführen und sich somit eine Sperre ersparen können.

Die Situation ist nicht tragbar und es ist enttäuschend, dass sich die BUD hinter der BLT versteckt, indem sie darauf verweist, dass es sich um deren Planung handelt, worauf der Kanton keinen Einfluss habe. Letztendlich ist der Kanton Basel-Landschaft mit über 40 % Eigner der BLT, die sich zu über 99 % in öffentlicher Hand befindet. Entsprechend gibt es also einen Hebel und die Möglichkeit zur Mitsprache.

Aus diesen Gründen soll das Postulat nicht abgeschrieben werden. In der Bau- und Planungskommission (BPK) wird hoffentlich noch dieses Jahr die Vorlage zur Ausgabenbewilligung beraten. In diesem Zusammenhang kann der Regierungsrat aufzeigen, wie er sich dafür einsetzt, dass die Situation in der nächsten Bauphase verbessert wird. Das ist der Regierungsrat der Bevölkerung von Muttenz und Pratteln schuldig.

Markus Brunner (SVP) äussert sich zuerst als Sprecher der SVP-Fraktion und teilt mit, dass die Fraktion den Abschreibungsantrag des Regierungsrats unterstützen werde. Die Fraktion ist der Ansicht, die im Postulat formulierten Fragen seien beantwortet. Diese hätten auch in Form einer Interpellation eingereicht werden können. Das Anliegen ist aber sicherlich berechtigt und in der

Diskussion um die neue Vorlage können die Anliegen eingebracht werden.

Nun wechselt Markus Brunner den Hut: Als Muttenzer wird er das Postulat nicht abschreiben. In Muttenz und Pratteln leben über 35'000 Menschen. Das sind mehr als 10 % der Baselbieter Wohnbevölkerung. Die Situation ist unglaublich. Ab und an fährt auch Markus Brunner im Tram, mittlerweile aber nicht mehr, denn der Ersatzbus ist eine Katastrophe. Dort besteht sowieso ein Nadelöhr. Vom geplanten Rheintunnel wird Muttenz nicht stark profitieren, dennoch wird Markus Brunner diesen Bau unterstützen. Die Situation ist sehr unbefriedigend und Markus Brunner hat mehr erwartet. Im Endeffekt wird das Ergebnis dasselbe sein, ob das Postulat abgeschrieben wird oder nicht. Die Thematik wird im Rahmen der neuen Vorlage diskutiert werden.

Thomas Eugster (FDP) bringt im Namen der FDP-Fraktion einen weiteren Aspekt ein, der eine Folge dieser Situation sei: Der Ersatzbus bleibt immer im Verkehr stecken. Deshalb kommt es beim Gewerbe zu Umsatzeinbussen von bis zu 80 %. Die Geschäfte klagen im Moment und sie werden weiterhin klagen, weil die nächste Sanierung bereits ansteht. Das ist für das Gewerbe ein veritables Problem, denn der Bus ist in der jetzigen Form keine Alternative. Es braucht dringend Massnahmen, damit das Gewerbe nicht eingeht.

Aus diesem Grund wird auch die FDP-Fraktion die Abschreibung ablehnen. Es muss geprüft werden, welche flankierenden Massnahmen in dieser Umbauzeit – die Sanierung an sich ist unbestritten – dabei helfen können, dass das Gewerbe in Muttenz überleben kann.

Stephan Ackermann Maurer (Grüne) kann sich sehr kurz halten, da die wesentlichen Punkte bereits erwähnt worden seien. Eine Mehrheit der Fraktion Grüne/EVP möchte das Postulat ebenfalls nicht abschreiben. Da muss schon ein bisschen mehr kommen als in der Stellungnahme enthalten.

Alain Bai (FDP) schliesst an das Votum seines Fraktionskollegen Thomas Eugster an. Es sei noch einmal darauf hingewiesen, dass die Situation für das Gewerbe – insbesondere an dieser Hauptstrasse, aber sicher auch in den Quartieren – prekär ist. Die Menschen gelangen mit dem ÖV nicht mehr ins Dorfzentrum. Insbesondere, weil die Ersatzbusse auf der St. Jakobsstrasse feststecken. Thomas Eugster hat 80 % Umsatzausfälle erwähnt. Alain Bai sind zwei, drei Geschäfte bekannt, die mittlerweile täglich nur noch eine Kundin haben anstatt wie bisher 20 bis 25 pro Tag. Die Einwohnerinnen und Einwohner kommen weder aus dem Dorf heraus noch ins Dorf zurück. Die nächste Vollsperrung von August bis November 2025 steht bevor. Das Postulat von Roman Brunner ist nicht vollständig beantwortet, nämlich die Frage, ob auf Grossanlässe Rücksicht genommen wird. Damit ist die Europameisterschaft 2025 und der ESC gemeint. Alain Bai kann die Antwort nachliefern: Selbstverständlich wird auf die Grossereignisse Rücksicht genommen. Deshalb wurde der Baustart erst nach Abschluss der Euro 2025 vorgesehen. Die Vollsperrung zieht sich dann bis in den November und tangiert somit das Weihnachtsgeschäft der Geschäfte. Etwas plakativ kann man sagen, dass auf die Grossereignisse Rücksicht genommen wird – was wichtig ist und nicht in Frage gestellt wird –, allerdings erfolgt dies zulasten des Gewerbes in Muttenz und in Pratteln. Es kann einfach nicht sein, dass man von Basel wegen der Grossereignisse an der Kantonsgrenze die Baustellenzeit diktiert erhält, ohne dass auf das eigene Gewerbe Rücksicht genommen wird. Deshalb muss das Postulat unbedingt stehen gelassen werden. In der BPK wird die Ausgabenbewilligung demnächst diskutiert. Alain Bai erwartet, dass dann Massnahmen aufgezeigt werden, wie der Baustellenbetrieb abgefedert werden kann (Änderung der Busführung, Verkürzung der Bauzeit oder Verschiebung des Baus um ein Jahr in die Sommerferien 2026). Es gibt Massnahmen. Man muss sich als Kanton Basel-Landschaft gegen die Bauzeit wehren, die vom Kanton Basel-Stadt aufgrund dessen Grossereignissen vorgegeben wurde.

Christine Frey (FDP) hat einen Lösungsvorschlag zuhanden des Volkswirtschaftsdirektors: Die Standortförderung ist dafür verantwortlich, dass der Kanton auch in Ausnahmesituationen attraktiv bleibt. Allenfalls können in verkehrsaktiven Zeiten E-Trotinetts oder E-Bikes für jüngere Personen bereitgestellt werden. Für älteren Menschen könnte man sich überlegen, in verkehrsarmen Zeiten besondere Buswege fahren zu lassen, um die langen Laufwege zu verkürzen.

Regierungspräsident **Isaac Reber** (Grüne) hat das Anliegen gehört. Als regelmässiger ÖV-Nutzer kennt er die Situation und weiss auch, wie komfortabel das Tram ist. Es wäre schön, würden sich einige andere auch daran erinnern. Wenn Tramprojekte vorgelegt werden, werden diese ganz kritisch begutachtet, wenn nicht sogar abgelehnt. Das Tram ist komfortabel und ein wichtiges und leistungsfähiges Verkehrsmittel. Es wäre gut – bei all der Kritik, die aufgrund der alle 40 Jahre notwendigen Sanierung aufkommt –, sich dies wieder ins Gedächtnis zu rufen. Es ist dem Baudirektor ebenfalls klar, dass der Busverkehr wesentlich attraktiver gemacht werden kann. So beispielsweise mit Fahrbahnhaltestellen und eigenen Busspuren. Vorhin hat Christine Frey von Bevormundung und Ideologie gesprochen und selbst gesagt, dass diejenigen, die nichts gebracht haben, wieder abgebaut wurden (Oberwil und Pratteln). Deshalb ist dies auch nicht ideologisches Handeln. Der Bus kann wesentlich komfortabler gemacht werden, dafür braucht er aber Platz. Daraus entsteht Konkurrenz zu anderen Verkehrsarten. In diesem Dilemma befinden wir uns. Man wird es nie allen recht machen können.

Würde man die Grossereignisse überhaupt nicht berücksichtigen, würde dies der BUD deutlich und auch zurecht vorgeworfen. Wenn aber der Eindruck entsteht, man würde nur die Grossereignisse berücksichtigen, wird dies ebenfalls nicht goutiert, was ebenso verständlich ist. Letztendlich müssen möglichst verträgliche Lösungen gefunden werden.

Man kann das Postulat stehen lassen. Der Baudirektor hat aber einen viel konstruktiveren Vorschlag: Die bereits erwähnte Vorlage kommt demnächst in die Kommission. Dies bietet die passende Gelegenheit, um die Thematik zu besprechen. Allenfalls können auch Vertreter der BLT oder BVB eingeladen werden, um der Sache auf den Grund zu gehen und einen Ausblick auf die nächsten Jahre zu machen.

Das würde wahrscheinlich mehr bringen, als das Postulat stehenzulassen. Den Anwesenden ist bekannt: Vereinfacht gesagt wird entweder an Postulaten oder an der Sache gearbeitet. Insofern muss man sich immer fragen, ob die Bearbeitung von Postulaten oder von Geschäften sinnvoller ist. Beim vorliegenden Fall bietet sich die Gelegenheit, in der Kommission der Sache prospektiv auf den Grund zu gehen. Regierungspräsident Isaac Reber ist es ebenfalls ein Anliegen, dass der ÖV möglichst gut funktioniert und kein schlechtes Image hat, weshalb er offen ist für eine Diskussion über mögliche Verbesserungen.

://: Das Postulat wird stillschweigend überwiesen und mit 48:20 Stimmen stehen gelassen.
